

„MONEY MAKES THE WORLD GO POOR“ AUSWIRKUNGEN DER FINANZKRISE AUF ENTWICKLUNGSLÄNDER

Nr.5 / November 2008

Überblick

Am 15. November treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G20) zu einem Finanzgipfel in Washington. Der Gipfel bildet den Auftakt zu einer Reihe von Konferenzen, die sich mit den Ursachen der globalen Finanzkrise und möglichen Ansätzen für eine Reform des Finanzsystems beschäftigen sollen. Mit der Erweiterung auf 20 Staaten – bis vor kurzem war noch die Rede von G8+5 – ist bereits ein wichtiger Schritt in Richtung einer stärkeren Repräsentanz der Länder jenseits der G8 und einer Reform des Global Governance Systems getan. Die G20 repräsentieren rund zwei Drittel der Weltbevölkerung und beinahe 90% der globalen Wirtschaftsleistung. Ein großer Teil der Welt, die Entwicklungsländer, bleibt jedoch unbeteiligt. Dabei werden diese Länder in erheblichem Maße von der in den Industrieländern verursachten globalen Finanzkrise betroffen sein.

Anders als in den Industrieländern sind die Auswirkungen der Finanzkrise in den Entwicklungsländern gegenwärtig noch wenig sichtbar. Während die Finanzkrise in den Industrieländern bereits jetzt einen erheblichen Rückgang der Wachstumsraten verursacht, prophezeit der Finanzminister von Malawi für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 8%, und Nigerias Wirtschaft wird voraussichtlich um 9% wachsen. Die chinesische Regierung rechnet gar mit einer Wachstumsrate von 10% und viele afrikanische Länder immerhin mit 6-7%. Während in den Industrieländern die Börsenkurse um über 40% gefallen sind, Investmentbanken zu Dutzenden zusammenbrechen und milliardenschwere Rettungspakete geschnürt werden, die das System vor dem Kollaps retten sollen, während die Zinsen allerorts gesenkt werden und zentrale Indikatoren für wirtschaftliche Aktivitäten wie beispielsweise der Frachtsatz einen erheblichen Preisverfall verzeichnen, scheint die globale Finanzkrise an den Entwicklungsländern vorbeizugehen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sich die Berichterstattung lange Zeit auf die Industrieländer konzentriert hat.

Die eigentlichen Verlierer: Bevölkerung in Entwicklungsländern

Doch der Schein trügt. Die langfristigen Folgen der Finanzkrise werden auch und besonders in Entwicklungsländern zu spüren sein. Deren Bevölkerung gehört zu den eigentlichen Verlierern des durch die Maßlosigkeit und Profitgier verantwortungsloser Banker und ihrer Kunden hervorgerufenen Desasters. Anders als in vielen Industrieländern werden die Folgen für den Einzelnen jedoch nicht durch soziale Sicherungssysteme abgefedert werden und Wirtschaft und Bevölkerung können von internen Konjunkturprogrammen nur träumen. Hunger und Armut drohen sich zu verschärfen, die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele könnte in noch weitere Ferne rücken.

Investitionen werden abgezogen

Bereits jetzt sind die Folgen der Finanzkrise für ausländische Investitionen, die so genannten *Foreign Direct Investments*, in Entwicklungsländern zu spüren. Die unter Druck geratenen Finanzinstitutionen ziehen Investitionen ab, um ihre Liquidität zu erhöhen. Das Ergebnis der ausbleibenden Kapitalzuflüsse ist neben steigenden Finanzierungskosten und Liquiditäts-

engpässen auch ein Abwertungsdruck auf die Währung wie er sich in Indonesien, Thailand und Vietnam, aber auch in Indien und Brasilien und vielen anderen Ländern zeigt. Damit wird ein Kreislauf in Gang gesetzt. Denn die erhöhten Finanzierungskosten machen Investitionen zusätzlich weniger attraktiv und führen letztendlich zu einem Rückgang des Wachstums.

Drohende Kreditklemme

Ebenso wie die direkten Investitionen wird auch die Vergabe von Krediten an Entwicklungsländer unter Umständen von der Finanzkrise beeinträchtigt werden. Zwar sind die Auswirkungen auf Kredite für Nichtbanken derzeit sehr begrenzt. Momentan leihen sich lediglich die Banken untereinander kein Geld – mit den bekannten katastrophalen Auswirkungen auf das gesamte Finanzsystem.

Je nachdem, wie gut die Sanierung der Finanzmärkte gelingt, besteht jedoch die Gefahr, dass es zu einer weltweiten Kreditklemme kommt. Noch immer sind weit über die Hälfte der Entwicklungsländer auf Auslandskredite angewiesen. Vor allem die ohnehin extrem armen Länder hätten unter einer Kreditklemme zu leiden, denn es wäre in Folge von steigenden Risikoprämien mit explodierenden Refinanzierungskosten zu rechnen.

Exporteinbrüche

Das Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft wird langfristig nicht auf die Industrieländer begrenzt bleiben. Über die internationalen Handelsverflechtungen wird sich der bereits abzeichnende Produktions- und Konsumrückgang in westlichen Ländern sowie Indien und China auf die Exportwirtschaft der Entwicklungsländer auswirken. Besonders betroffen davon werden Länder sein, die direkt in die von der Krise in Mitleidenschaft gezogene Länder exportieren. Vermutlich wird beispielsweise die mexikanische Exportwirtschaft aufgrund ihrer engen Verflechtung mit den USA mit erheblichen Einbußen rechnen müssen.

Ähnlich stark betroffen sind jene Länder, deren Exportprodukte besonders den Preiseinbrüchen unterliegen. Denn die mit Wachstumsrückgang oder sogar Rezessionen verbundene sinkende Nachfrage nach Rohstoffen wie Öl und Kupfer führt zu sinkenden Preisen auf dem Weltmarkt. So wird etwa Sambia stark durch die sinkenden Kupferpreise getroffen werden, und Argentinien wird herbe Verluste bei den Sojaexporten hinnehmen müssen. Produzenten von Erdnüssen, Baumwolle und Ananas bleiben auf ihren in der Regel nicht haltbaren Erzeugnissen sitzen oder müssen unter den Herstellungskosten verkaufen, weil sie den Erlös zum Überleben benöti-

gen. Verschärft wird diese Situation noch durch die hohe Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten. Denn der US Dollar wird langfristig noch schwächer notieren als bisher.

Die dadurch verbesserte Wettbewerbsposition der USA insbesondere bei verarbeiteten Konsumgütern, aber auch bei Rohstoffen wie Baumwolle führt zu einer stärkeren Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Je nachdem, in welchem Verhältnis Importe und Exporte in einem Land stehen, kann diese Entwicklung jedoch auch zu positiven Effekten für einzelne Länder führen. Energieimporteure werden entlastet.

Sinkende Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit

Neben Exporteinbußen, sinkenden Direktinvestitionen und einer drohenden Kreditklemme stehen auch Auswirkungen auf staatliche Entwicklungshilfeszahlungen zu befürchten. Aufgrund der Milliarden schweren Sicherungspakete sind die finanziellen Spielräume der Politiker in den Industrieländern eingeschränkt. Frühere Finanzkrisen, z.B. in Finnland, Norwegen und Schweden 1991 und in Japan nach dem Platzen der Immobilienspekulationsblase 1990, lassen befürchten, dass die Bereitschaft zu einer Erhöhung der Entwicklungshilfegelder sinkt. Denn die finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit dieser Länder wurden nach den Krisen erheblich reduziert.

Schon jetzt gibt es erste Hinweise darauf, dass diese Dynamik auch bei der derzeitigen Krise einsetzen wird. So kündigte der gerade gewählte US Präsident Barack Obama in seinem Wahlkampf an, dass die finanziellen Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit vermutlich nach unten korrigiert werden müssten. Und selbst wenn es durch Lobbyarbeit gelänge, in Europa einen Einbruch der ODA-Quoten zu verhindern, ist abzusehen, dass sich die real transferierten absoluten Beträge verringern werden. Denn aufgrund des sinkenden Wirtschaftswachstums werden auch die Steuereinnahmen in den Geberländern sinken.

Die Folgen für Entwicklungsländer wären fatal. Dringend benötigte Ressourcen für die Ausstattung der ländlichen Infrastruktur der Entwicklungsländer mit Verkehrswegen, Elektrizität und Telekommunikation werden fehlen. Sie sind aber die Voraussetzung dafür, dass Marktanreize überhaupt bei den Produzenten ankommen, damit ihre Güter die Märkte erreichen. Aufgrund des Fehlens von Kleinkrediten werden Investitionen in die Verbesserung kleinbäuerlicher Produktionssysteme - etwa durch Bewässerung, die Anwendung moderner Produktionsmethoden wie Düngereinsatz und Pflanzen-

schutz oder die Aussaat ertragreicher Pflanzensorten - unterbleiben.

Weniger Überweisungen von Migranten

Schließlich wirkt sich die Finanzkrise auch auf die Zahlungen von Migranten an ihre Heimatländer (den so genannten *remittances*) aus. Diese Überweisungen übersteigen die offizielle Entwicklungshilfe um ein Vielfaches. Aufgrund des Rückgangs des wirtschaftlichen Wachstums werden weniger Arbeitsmigranten in die Industrieländer einreisen. Für Mexiko, El Salvador, und Honduras liegen bereits Zahlen vor, die den Rückgang der Überweisungen bestätigen.

Mögliche Ansatzpunkte

Die genannten Einflussfaktoren müssen alle für sich genau verfolgt und beobachtet werden. Jede dieser Variablen übt direkten Einfluss auf Entwicklung und Wachstum aus und erfordert ihre eigene Antwort. Auf mindestens drei Ebenen muss angesetzt werden. Erstens müssen anlässlich der Finanzkrise neue Regeln geschaffen werden, die das Finanzsystem zukünftig nicht nur stabilisieren und Krisen verhindern, sondern auch andere Defizite des gegenwärtigen Systems angehen. Diese Regeln müssen zweitens aus einer Reform der Global Governance hervorgehen. Neue Institutionen müssen geschaffen werden, die sich durch eine größere Transparenz und stärkere Inklusion von Schwellen- und Entwicklungsländern auszeichnen und damit über eine breitere Legitimationsbasis verfügen. Schließlich muss ausgelotet werden, welchen Beitrag die Entwicklungszusammenarbeit bei der Bewältigung der Finanzkrise leisten kann und wie die Millenniumsentwicklungsziele trotz Rückgangs des wirtschaftlichen Wachstums in den Industrieländern erreicht werden können.

Stärkere Regulierung

Insgesamt ist eine stärkere Regulierung des Finanzsektors unumgänglich. Die derzeit kursierenden zahlreichen Reformvorschläge dürfen jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass es nicht um eine Stabilisierung des derzeitigen Systems gehen kann, sondern dass eine systemische Neuorientierung erforderlich ist. Es darf nicht um oberflächliche Anpassungsmaßnahmen gehen, die den Status Quo im Wesentlichen erhalten.

Im Rahmen dieser Neuorientierung müssen unter anderem umfassende Standards für alle Finanzprodukte erarbeitet, eine Zulassungsprüfung für neue Finanzprodukte eingerichtet und Leerverkäufe (die Spekulation auf fallende Börsenkurse) grundsätzlich unterbunden werden. Wir benötigen Regeln, die insbesondere

die Spekulationen auf Rohstoffe und Nahrungsmittel verhindern sowie wirkungsvolle Maßnahmen gegen Steueroasen vorsehen. Banken, die Filialen in den so genannten Offshore-Zentren unterhalten, müssen gezwungen werden, diese zu schließen. Das Bankgeheimnis für diese Banken muss aufgehoben und Strafsteuern auf Transaktionen mit Offshore-Zentren angedacht werden. Prinzipiell muss der Druck zur Teilnahme am internationalen Informationsaustausch auf Steuerparadiese wie die Schweiz oder Liechtenstein erhöht werden.

Neue Finanzarchitektur

Die Entwicklung eines offenen, regelgestützten, berechenbaren Finanzsystems kann nur unter angemessener Beteiligung der Entwicklungsländer geschehen. Die Basis dafür könnte ein neues Bretton Woods sein, so wie es von den Vertretern der Entwicklungsländer im Vorfeld der UN Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha Ende 2008 (s.u.) gefordert worden ist. Die oben genannten und andere Reformen sollten von einer neuen zentralen Institution koordiniert werden. Denkbar wäre etwa eine erweiterte G20 mit jeweils mindestens einem Repräsentanten eines „Least Developed Country“ aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Dabei sollte die Teilnahme und aktive Beteiligung von Gewerkschaften und Konsumentenorganisationen institutionalisiert werden. Diese neue Institution müsste in das UN System integriert werden. Die Beziehungen zwischen Vereinten Nationen und den Bretton Woods-Institutionen müssen reformiert werden. Unter anderem müsste der IWF als Exekutivorgan in die neue zentrale Institution integriert werden, die WTO müsste Kompetenzen abgeben. Das Mandat der Weltbank sollte neu definiert werden und sich auf Armutsbekämpfung und die Förderung von globaler Gleichheit und Wohlstand konzentrieren.

Mehr Ressourcen für Entwicklungszusammenarbeit

Parallel zu diesen Prozessen darf aber auch die Entwicklungsfinanzierung nicht aus dem Blick geraten. Vom 29. November bis 2. Dezember findet die zweite Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung der Vereinten Nationen in Doha statt. Um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen ist es dringend notwendig, dass die bisher gemachten Zusagen zur Erhöhung der Hilfe in Doha bekräftigt und nicht zurückgenommen werden.

Gerade hat die Nahrungsmittelkrise den Blick auf die Verwundbarkeit aber auch die Potenzielle ländlicher Räume gelenkt, die aufgrund jahrzehntelanger Vernachlässigung nicht ausge-

schöpft werden konnten. Um den weltweiten Hunger zu halbieren braucht es kein 500 Milliarden Euro schweres Rettungspaket. Das internationale Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungspolitik (IFPRI) in Washington beziffert die für ein signifikantes weltweites landwirtschaftliches Wachstum erforderlichen Finanzmittel auf 14 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Für eine Steigerung der Produktion in Subsahara-Afrika wären demnach jährlich weniger als 2 Milliarden US-Dollar notwendig. Die Entwicklungszusammenarbeit könnte aber möglicherweise auch eine stabilisierende Funktion im Rahmen der Finanzkrise übernehmen. Institutionen, die Entwicklung finanzieren, könnten möglicherweise Risiken übernehmen und Investitionsflüsse in Entwicklungsländer fördern, um Rückgänge in anderen Finanzströmen abzufedern.

Autorin

Katrin Radtke
Referentin Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe
Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 1
D-53173 Bonn
Phone: +49-228-2288-112
Fax: +49-228-2288-188
E-Mail: katrin.radtke@welthungerhilfe.de

Quellen

Attac (2008), Die Zeit ist reif: Das Casino schließen,
<http://www.casino-schliessen.de/material/die-zeit-ist-reif/>

Goldberg, Jörg (2008), Die Lage der Weltwirtschaft im Herbst 2008: Von der Finanzmarktkrise zur globalen Rezession?, Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, Bonn.

Te Velde, Dirk Willem (2008), The global financial crisis and developing countries, odi Background Note, London.
<http://www.odi.org.uk>

Volz, Ulrich und Peter Wolff (2008), Krisenmanagement für Entwicklungsländer: Noch keine Ordnung in Sicht, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn.
<http://www.die-gdi.de>

Wahl, Peter (2008), With Realistic Radicalism: Which approach to the upcoming er of reforms?, WEED, Berlin.
<http://www.weed-online.org/themen/1834297.html>



Sparkasse KölnBonn
Konto 1115
BLZ 370 501 98